

Zu Besuch in Norwegen

Am 30. Mai 2018 referierte Patricia Schiess vor den Forschenden des Rechtswissenschaftlichen Instituts der University of Agder in Kristiansand (Norwegen) über die Verfassung und die Menschenrechte in Liechtenstein. Der Titel ihres Vortrages lautete «Liechtenstein's constitution, the prince and Liechtenstein's international obligations». Im Mai 2016 hatte Prof. Ingvill Helland Göller von der University of Agder am Liechtenstein-Institut über die Besonderheiten der norwegischen Rechtsmethode referiert. Mit dem Gegenbesuch von Patricia Schiess in Kristiansand wurde nun der Grundstein für den weiteren Austausch mit den norwegischen Forschenden gelegt.



Vor der Domkirche von Kristiansand: Patricia Schiess mit drei Professorinnen der University of Agder. Von links nach rechts: Prof. Ingvill Helland Göller (Head of Department of Law), Prof. Patricia Schiess, Prof. Kristin Wallevik (Dean of the School of Business and Law), Prof. Marianne Klungland Bahus (Department of Law)

Wie erklärt man in Norwegen Liechtensteins Verfassung, seine Monarchie und die Respektierung der Grundrechte im Kleinstaat?

Gespräch mit Patricia Schiess zu ihrem Vortrag zum liechtensteinischen Verfassungsrecht vom 30. Mai 2018 an der University of Agder in Kristiansand (Norwegen)

Worüber haben Sie in Ihrem Vortrag an der University of Agder gesprochen?

Ich habe die Entstehungsgeschichte der Verfassung von 1921 aufgezeigt und wie ausländische Judikatur und Literatur auch heute die Auslegung der Verfassung mitbeeinflusst. Dass Art. 66bis LV unmittelbar vor der Abstimmung über den Beitritt zum EWR Eingang in die Verfassung fand, schien mir im EWR/EFTA-Staat Norwegen von Interesse, ebenso die Rolle des Landesfürsten. Schliesslich handelt es sich bei Norwegen ebenfalls um eine Monarchie.

Ein Vortrag zum Verfassungsrecht ohne Ausführungen zur Zusammensetzung der Richterschaft und zu den Aufgaben des StGH wäre in meinen Augen unvollständig. Mit dem Schutz der verfassungsmässig gewährleisteten Rechte durch den StGH war denn auch der Bogen geschlagen zum Menschenrechtsschutz.

Was haben Sie zu den Menschenrechten in Liechtenstein ausgeführt?

Es ging mir vor allem darum aufzu-

zeigen, warum Liechtenstein mit seinen beschränkten personellen Ressourcen nicht jedes internationale Abkommen unterzeichnet. Gleichwohl konnte ich die Zuhörerinnen und Zuhörer davon überzeugen, dass die Gewährleistung der Menschenrechte sehr ernst genommen wird. In Liechtenstein sind schliesslich verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure und der Verein für Menschenrechte tätig.

Vor welchem Publikum haben Sie gesprochen?

Zu meinem Vortrag kamen die Mitglieder des rechtswissenschaftlichen Instituts der University of Agder (UiA). Die UiA in Kristiansand ist eine recht junge, innovative Universität. Sie verfügt über eine grosse Forschungsgruppe, die sich der Rechtsvergleichung widmet.

Was war das Ziel Ihres Besuches an der University of Agder?

Es ging darum, den wissenschaftlichen Dialog mit der Vorsteherin des rechtswissenschaftlichen Instituts

an der UiA, Prof. Ingvill Helland Göller, fortzusetzen. Sie hatte vor zwei Jahren am Liechtenstein-Institut zu den Besonderheiten der norwegischen Rechtsmethode referiert. Nun hatte ich die Gelegenheit, mich auch mit weiteren Mitgliedern ihrer Forschungsgruppe auszutauschen.

Haben Sie auch noch einen weiteren «Gewinn» ziehen können aus Ihrem Besuch in Norwegen?

Wenn man einen Vortrag für ein Publikum im Ausland vorbereitet, erhält man immer auch einen anderen Blick



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

Mit «Nachgefragt» präsentiert das Liechtenstein-Institut Interviews zu aktuellen Themen. Die Interviews nehmen Bezug auf Vorträge oder Publikationen von Mitarbeitenden des Liechtenstein-Instituts und liefern dabei wichtige Hintergrundinformationen.

Die Vortragsfolien finden sich im Anhang.

auf sein eigenes Recht. Zudem profitiert man von den Fragen, welche die ausländischen Juristinnen und Juristen stellen. Man merkt, welche Aspekte des liechtensteinischen Rechts für sie interessant sind und wo man einen Beitrag für die internationale Diskussion leisten kann. Zugleich erhält man Hinweise, zu welchen Fragen es sich lohnt, Vergleiche mit den Regelungen eines fremden Rechts anzustellen. Der Austausch mit den Rechtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der UiA wird auf jeden Fall fortgesetzt.

Sehen Sie einen grossen Unterschied zwischen einem Beitrag in einer wissenschaftlichen Zeitschrift und einem Vortrag?

Manchmal lassen sich mit Power-Point-Folien komplexe Vorgänge einfacher darstellen als allein mit Worten. So finde ich, dass Folie 4 die Entstehung der liechtensteinischen Verfassung vom 5. Oktober 1921 mit Kreisen recht gut aufzeigt. Ihre verschiedenen Vorläufer (insbesondere die Konstitutionelle Verfassung von 1862) und ihre Vorbilder und Inspirationsquellen in Deutschland, in der Schweiz und in Österreich sieht man so auf einen Blick.

Noch eine andere Folie zur liechtensteinischen Verfassung sieht wie eine Grafik aus.

Ja, Folie 7. Sie zeigt, worauf sich Richterinnen und Richter sowie die Rechtsanwendung stützen, wenn sie die Verfassung auslegen. Dabei wird im Vergleich zu Folie 4 deutlich, dass internationales Recht (wie die Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte) eine grosse Rolle spielen. Gerade weil die Verfassung im Jahr 1921 und später immer wieder durch Entwicklungen im deutschsprachigen Ausland inspiriert wurde, kann auch heute mit Gewinn auf Literatur und Judikatur der Nachbarländer gegriffen werden.

Ist das Publikum, das direkt vor einem sitzt, anspruchsvoller als der Leser oder die Leserin eines Zeitschriftenbeitrags?

Ich denke schon, hat man doch beim

Besuch eines Vortrages die Gelegenheit, der Referentin kritische Fragen zu stellen. Juristinnen und Juristen wissen, dass Papier geduldig ist. Sie möchten deshalb hören, ob Verfassung und Gesetz auch wirklich umgesetzt werden. Also ob das *Law in the Books* auch tatsächlich zum *Law in Action* wird.

Haben Sie hierzu ein Beispiel?

Alle europäischen Staaten haben die EMRK unterzeichnet. Es finden sich denn auch in den meisten Verfassungen Grundrechtskataloge. Wenn ich wie jetzt in Norwegen darlegen will, dass die Menschenrechte in Liechtenstein respektiert werden, genügt es deshalb nicht, auf die betreffenden Verfassungsbestimmungen und die Ratifikation der EMRK zu verweisen.

Ich habe deshalb überlegt, welche weiteren Elemente ein Beleg dafür sind, dass sich verschiedene liechtensteinische Akteure um die Umsetzung der internationalen Verpflichtungen kümmern. Auf Folie 25 habe ich dies in einer grafischen Form versucht. Folie 26 gibt weitere Hinweise auf die Massnahmen, welche in

Liechtenstein getroffen wurden, um verletzlischen Menschen Schutz zu bieten.

Was muss man sonst noch im Auge behalten, wenn man im Ausland über liechtensteinisches Recht referiert?

Wer sich ein Gemeinwesen mit 38'000 Einwohnerinnen und Einwohnern vorstellt, denkt in der Regel an eine Kleinstadt. Und hat deshalb kaum vor Augen, dass es in Liechtenstein viele zivilgesellschaftliche Organisationen, ein Frauenhaus, zwei Tageszeitungen, Radio und Fernsehen gibt. Es ist mir deshalb wichtig, auf solche Tatsachen, die keinen direkten Niederschlag im Gesetz finden, aber für die Durchsetzung des Rechts wichtig sind, hinzuweisen.

Was sind aus Ihrer Sicht weitere Besonderheiten Liechtensteins, die man kennen sollte, bevor man mit der Rechtsvergleichung beginnt?

Wenn ich im Ausland über liechtensteinisches Recht spreche, beginne ich immer mit allgemeinen Informationen zu Land und Leuten.

Erst wenn das Publikum weiss, dass Liechtenstein fast so viele Erwerbstätige wie Einwohnerinnen und Einwohner zählt, und sich in der Folge vorstellen kann, wie viele Menschen jeden Morgen über den Rhein zu ihrer Arbeitsstelle pendeln oder von Österreich her zur Arbeit kommen, erhält es einen Eindruck davon, wie offen das Land ist. Vielen ist auch die grosse Bedeutung der Industrie für Liechtenstein nicht bewusst oder der hohe Ausländeranteil.

Der liechtensteinische Gesetzgeber ist vor dieselben Aufgaben gestellt wie ausländische Gesetzgeber. Nur dass Liechtenstein kleiner ist als andere Staaten, bedeutet nicht, dass sich hier weniger Fragen stellen. Im Gegenteil, ich würde sogar behaupten, dass die Herausforderungen hier eher grösser sind, weil mit wenig Personal komplexe Strukturen, die sich aus der engen Verflechtung mit den Nachbarländern ergeben, gepflegt werden müssen.

Können Sie ein Beispiel nennen, welche Hintergrundinformationen ein ausländisches Publikum braucht, um Regelungen des liechtensteinischen Rechts nicht vorschnell als «exotisch» abzustempeln?

In Kristiansand meinte eine auf Parlamentsrecht spezialisierte Professorin, bloss 25 Landtagsabgeordnete seien nicht viel. Ich wies sie darauf hin, dass in Liechtenstein auch die elf Gemeinderäte mit jeweils sechs bis zwölf Mitgliedern zu bestellen sind. Wenn man nun alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier zusammenzählt, kommt man – gemessen an den knapp 20'000 Stimmberechtigten – auf eine erhebliche Anzahl Menschen, die sich in einem politischen Amt für das Gemeinwohl einsetzen.

Was macht Referate im Ausland sonst noch anspruchsvoll?

Man muss auf vieles hinweisen, das für Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner selbstverständlich ist. So fand ich es z. B. sinnvoll, in den Folien 5 und 6 zu erwähnen, dass Liechtenstein Mitglied des EWR ist, dies jedoch keinen Niederschlag im Verfassungstext gefunden hat.

Natürlich wussten die norwegischen Zuhörerinnen und Zuhörer, dass Liechtenstein wie Norwegen und Island dem EWR angehört.

Aber sie hatten noch nie vom Zollanschlussvertrag und der Währungsunion mit der Schweiz gehört.

Diese engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Schweiz erklären, warum es für Liechtenstein nicht immer ganz einfach ist (ich denke z. B. an die Forderung nach Unisex-Tarifen der Versicherungen oder den Führerschein), die Vorgaben des EWR-Abkommens rasch umzusetzen.

Was interessiert ausländische Zuhörerinnen und Zuhörer besonders am liechtensteinischen Verfassungsrecht?

Aus Liechtensteiner Sicht stellt es nichts Besonderes dar, dass neue Gesetze und Verfassungsänderungen bis auf wenige Unterschiede (Einstimmigkeit oder $\frac{2}{3}$ -Mehrheit im Landtag, Initiative durch 1500 Stimmberechtigte oder 4 Gemeinden anstatt bloss durch 1000 Stimmberechtigte oder 3 Gemeinden) im gleichen Verfahren beschlossen werden. Ausländischen Zuhörerinnen und Zuhörern muss man dies jedoch erläutern (siehe Folien 11 bis 15).

In vielen Ländern kann die Mehrheitspartei resp. können die Koalitionsparteien Gesetzesänderungen relativ rasch vornehmen, während es z. B. in Norwegen vor Verfassungsänderungen Neuwahlen braucht respektive die Parteien vor der ordentlichen Wahl darlegen müssen, welche Verfassungsänderungen sie in der nächsten Legislatur vornehmen möchten.

Welche weiteren Themen interessieren im Ausland neben der Ausgestaltung der Demokratie?

Verfassungsrechtlerinnen und -rechtler interessieren sich für den StGH, weil sich in der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts der Umgang mit der Verfassung und den völkerrechtlichen Verträgen materialisiert. Die im StGHG (Gesetz über den Staatsgerichtshof) vorgesehenen Beschwerdemöglichkeiten auf Englisch darzustellen, stellte für mich allerdings eine gewisse Herausforderung dar.

Ich würde es begrüssen, wenn auch das StGHG von offizieller Seite auf Englisch übersetzt würde. So

könnten sich ausländische Interessierte mit seinem Wortlaut auseinandersetzen. In einem Vortrag ist es leider nicht möglich, auf jede Klage einzugehen wie z. B. dass die Regierung oder eine Gemeinde eine abstrakte Prüfung eines Gesetzes vornehmen lassen können.

Gibt es etwas, das Ihre norwegischen Diskussionspartnerinnen und -partner überraschte?

Ja, sie waren erstaunt, dass die liechtensteinische Verfassung die Kompetenzverteilung korrekt abbildet und der Fürst tatsächlich eine grosse Anzahl von Aufgaben erledigt. In Norwegen sieht dies offenbar anders aus. Wenn «König» in der Verfassung steht, kann damit die Regierung gemeint sein. Für die norwegische Bevölkerung ist klar, was gemeint ist. Ausländische Leserinnen und Leser könnten jedoch irregeleitet werden. Genau aus diesem Grund ist es wichtig, dass sich Rechtsvergleicherinnen und -vergleicher vor Ort begeben und den persönlichen Austausch pflegen.

Sieht sich Norwegen mit seinen knapp fünfzehn Millionen Einwohnerinnen und Einwohner auch als Kleinstaat?

Nein, gar nicht. Als ich vor zwei Jahren Prof. Ingwill Helland Göller vor ihrem Besuch am Liechtenstein-Institut gefragt hatte, ob sie ausführen könne, inwiefern sich Norwegen als Kleinstaat definiere, war sie überrascht. Das zeigte sich jetzt auch bei meinem Besuch in Kristiansand. Norwegen ist einwohnermässig fast so gross wie Finnland und Dänemark und sieht sich (wegen seiner Grösse und aus historischen Gründen) gelegentlich als kleiner Bruder von Schweden, das fast 10 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner zählt. Aber nicht als Kleinstaat.

Während in Liechtenstein vieles mit fehlenden personellen Ressourcen erklärt werden kann, scheint es mir, dass in Norwegen mit den grossen Distanzen und den harten Wintern argumentiert wird. So stellte sich zum Beispiel Anfang des 20. Jahr-



Im Vortragssaal des rechtswissenschaftlichen Instituts der University of Agder. Von links nach rechts: Prof. Iris Nguyen Duy (Leader of group «comparative law»), Prof. Ingwill Helland Göller (Head of Department of Law), Patricia Schiess

hunderts mehrmals die Frage, ob politische Beschlüsse legitim waren, da Vertreter aus dem Norden wegen des Schnees nicht rechtzeitig zur betreffenden Versammlung hatten erscheinen können.

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie dankbar wären, wenn auch das StGHG auf Englisch übersetzt würde. Gibt es weitere Gesetze, die Ihrer Meinung nach auf Englisch vorliegen sollten?

Neben dem StGHG, das für alle Verfassungsrechtlerinnen und -rechtler interessant ist, böte sich auch eine Übersetzung des Hausgesetzes an. Es würde weitere wertvolle Informationen über die Ausgestaltung der Monarchie in Liechtenstein liefern.

Der mit der Schweiz abgeschlossene Währungsvertrag ist zwar jünger, aber nicht weniger wichtig als der Zollanschlussvertrag. Bis jetzt findet sich leider erst für letzteren eine Übersetzung unter www.regierung.li/law. Man findet natürlich immer diejenigen Gesetze am wichtigsten, mit denen man gerade zu tun hat.

IMPRESSUM

Patricia Schiess, Forschungsbeauftragte am Liechtenstein-Institut.
patricia.schiess@liechtenstein-institut.li

Zitiervorschlag: Schiess, Patricia (2018): Liechtenstein's constitution, the prince and Liechtenstein's international obligations. Kommentierter Foliensatz eines Vortrages vom 30. Mai 2018. Bendern 2018.

Liechtenstein-Institut
St. Luziweg 2 | 9487 Bendern | Liechtenstein
T +423 / 373 30 22
info@liechtenstein-institut.li
www.liechtenstein-institut.li

© Liechtenstein-Institut 2018

Für seriös betriebene Rechtsvergleichung sollte man sich in das betreffende Land begeben.



LIECHTENSTEIN-INSTITUT

30 May 2018

Liechtenstein's constitution, the prince and Liechtenstein's international obligations

Prof. Dr. iur. Patricia Schiess

Presentation in the Department of Law at the University of Agder
in Kristiansand (Norway)



Liechtenstein in figures

<http://www.regierung.li/media/attachments/liechtenstein-in-figures-2018.pdf>

2

Inhabitants (30.06.2017)	37'877
Citizens with the right to vote (05.02.2017)	19'806
Foreign population	33,8%
Religious composition of the population	73,4% Roman Catholics 7,0% Nonreligious 6,3% Protestants 5,9% Muslims 8,4% Others/no information
Municipalities	11
The largest and the smallest municipality	Schaan: 5992 inhabitants Planken: 450 inhabitants
Total area	160 km ²



The Constitution of the Principality of Liechtenstein of 5 October 1921

English version: http://www.regierung.li/media/medienarchiv/101_01_01_2012_en.pdf

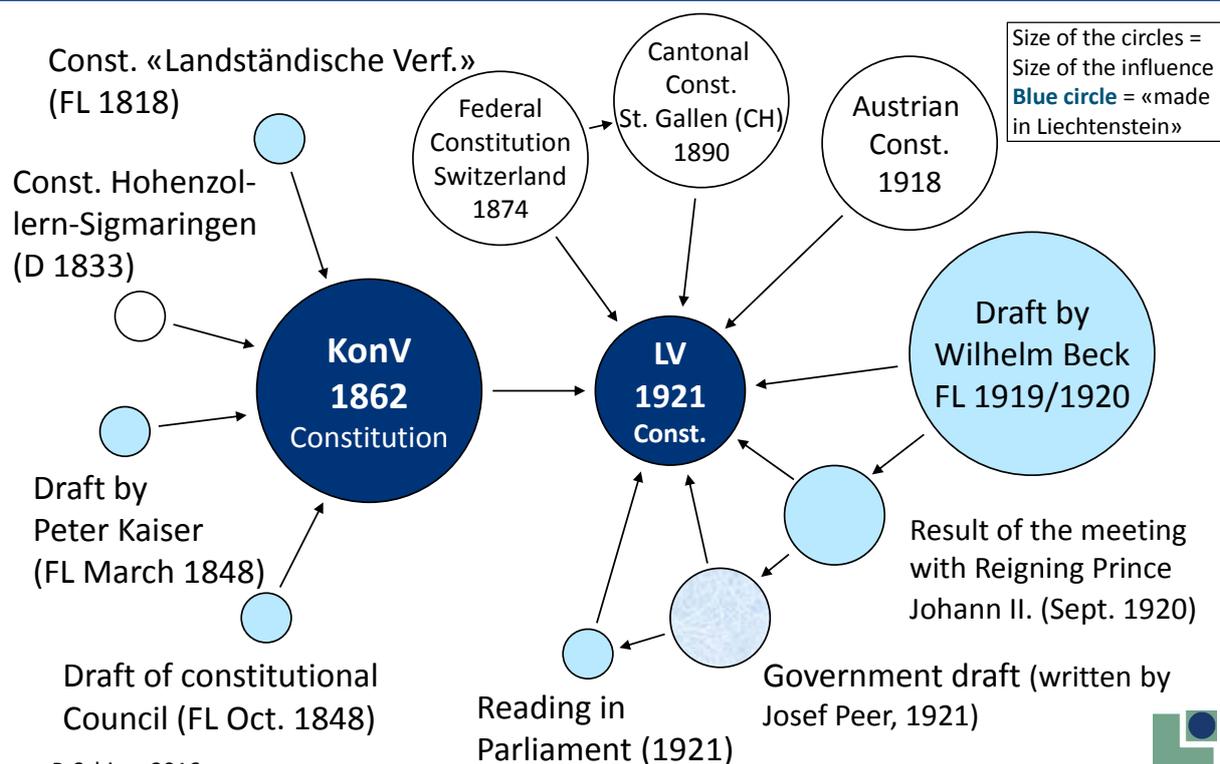
German version:

<https://www.gesetze.li/konso/1921.15>



Influences on the text of the Liechtenstein Constitution of 1921

4



Accession to EEA in 1995: practically no influence on the constitution

5

15 March 1992: introduction of Art. 66bis

The prince had publicly spoken out in favour of a popular vote on accession to the EEA. Art. 66bis goes back to the initiative of pressure groups which were against the EEA. The parliament was sceptical and therefore submitted Art. 66bis to the popular vote.

Art. 66 bis: The assent to an international treaty shall be subject to a popular vote

- if parliament so decides or
- if at least 1,500 Liechtenstein citizens or at least 4 municipalities submit a request to that effect.

13 Dec. 1992: 55,8 % «Yes» to the EEA in the popular vote

No need to adapt the Constitution after accession to the EEA.

The only amendment of the constitution:

- Changes in Art. 67 about the promulgation of laws in a simplified form.



Not obvious at first glance ...

6

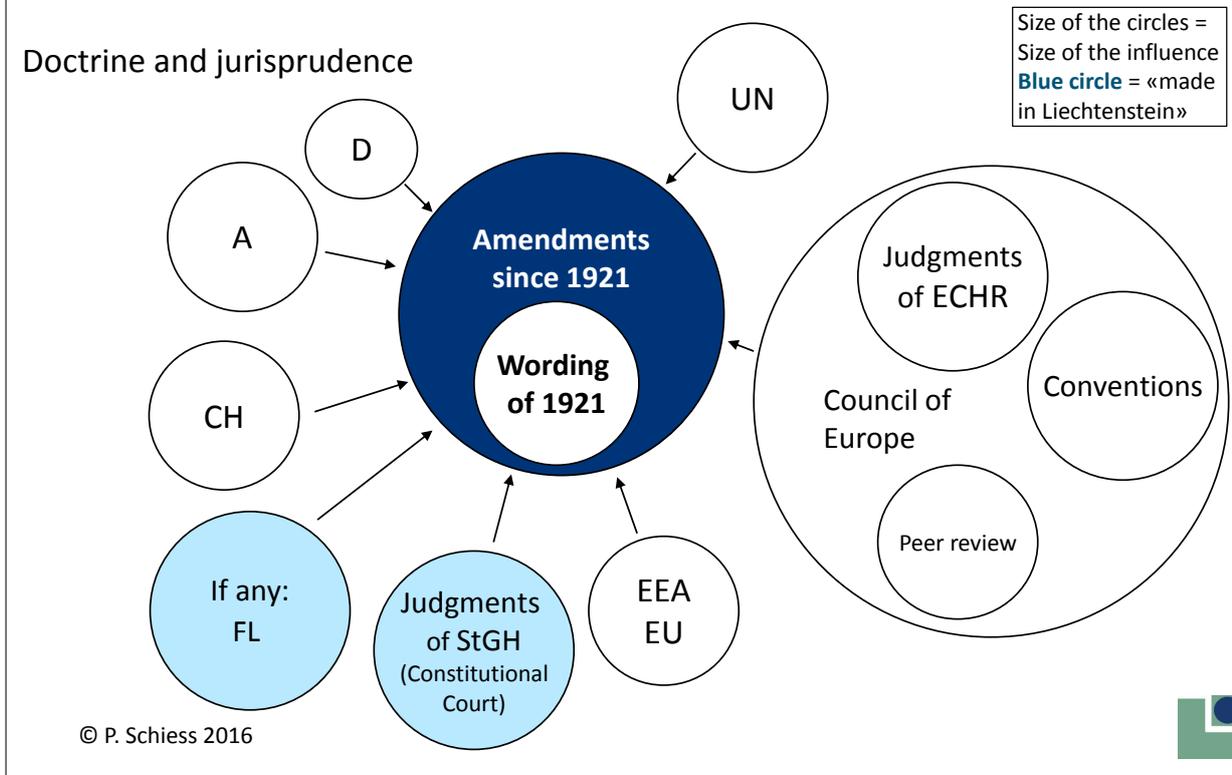
If you read the constitution of Liechtenstein, you do not see that

- the country is bound by the **customs agreement** of 1923 and the **monetary union** of 1980 with **Switzerland**.
 - Treaty of 29 March 1923 between Switzerland and Liechtenstein on Accession of the Principality of Liechtenstein to the Swiss Customs Area (http://www.regierung.li/media/medienarchiv/0_631_112_01_02_2018_en.pdf)
 - Währungsvertrag zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 19. Juni 1980 (LGBI. 1981 Nr. 52 LR 0.951.910.11) <https://www.gesetze.li/konso/1981.52>
- Liechtenstein is **member of the EEA** (since 1 May 1995).



Current Influences on Liechtenstein Constitutional Law (especially with regard to interpretation)

7



The Reigning Prince Since the Amendment of the Constitution in 2003

8

- Head of state (Art. 7)
- Represents the state in all dealings with other countries (Art. 8)
- Right to initiate legislation by presenting proposals to government (Art. 64)
- All laws must be sanctioned by the Prince (Art. 65)
- All judges must have the consent of the Prince (Art. 96)
- Appoints the government by mutual agreement with and on proposal of the parliament (Art. 79) and has the right to dismiss the government (Art. 80)
- Right to dissolve the parliament (Art. 48)
- Writes all his speeches himself and does not have to present them to anyone for approval.
- Right of pardon (Art. 12)

Counterbalanced by:

- Popular initiative to abolish the monarchy (Art. 113)
- Reasoned motion of no-confidence against the prince (Art. 13ter)

Influence of the Reigning Prince and the Princely House of Liechtenstein

9

Economic influence of the Princely House

- The state does not finance the Princely House
- Corporate portfolio of the Princely Family
 - LGT Group: specializing in banking and asset management
 - Princely Foundations: one of the most important art collections in the world, innovative property management (Palais), farming and forestry enterprises, vineyards and electricity plants

https://www.liechtenstein.li/fileadmin/Dateiliste/wirtschaft-li/Dokumente/Downloads/Presentation_The_Princely_House_4_3.pdf

«LGT is the largest Private Banking and Asset Management group in the world that is wholly owned by an entrepreneurial family – the Princely House of Liechtenstein.»

<https://www.lgt.ch/en/about-us/company-profile/facts-and-figures/>



On the structure of monarchy see also

10

Hausgesetz des Fürstlichen Hauses Liechtenstein vom 26. Oktober 1993 (LGBI. 1993 Nr. 100, www.gesetze.li/chrono/1993.100)

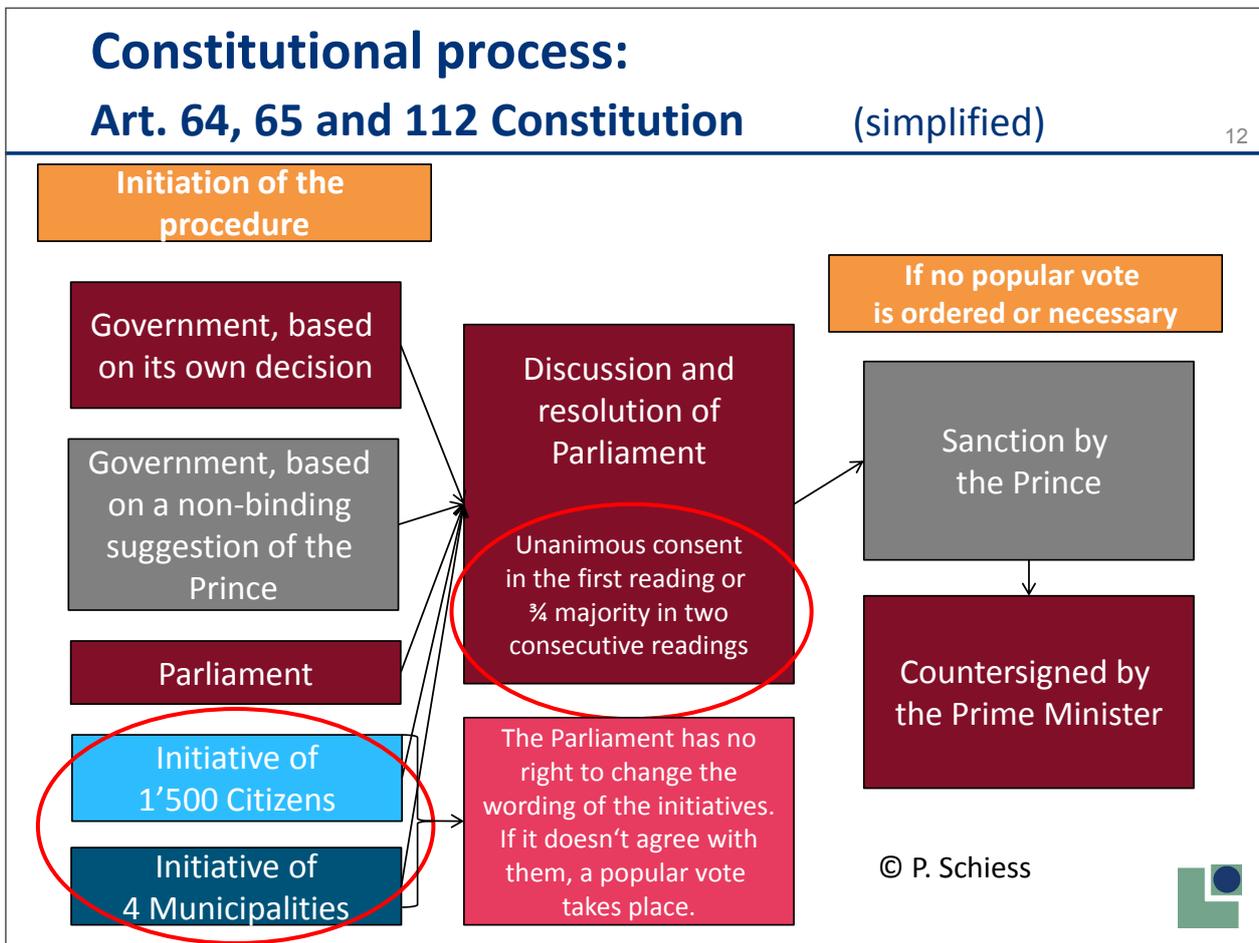
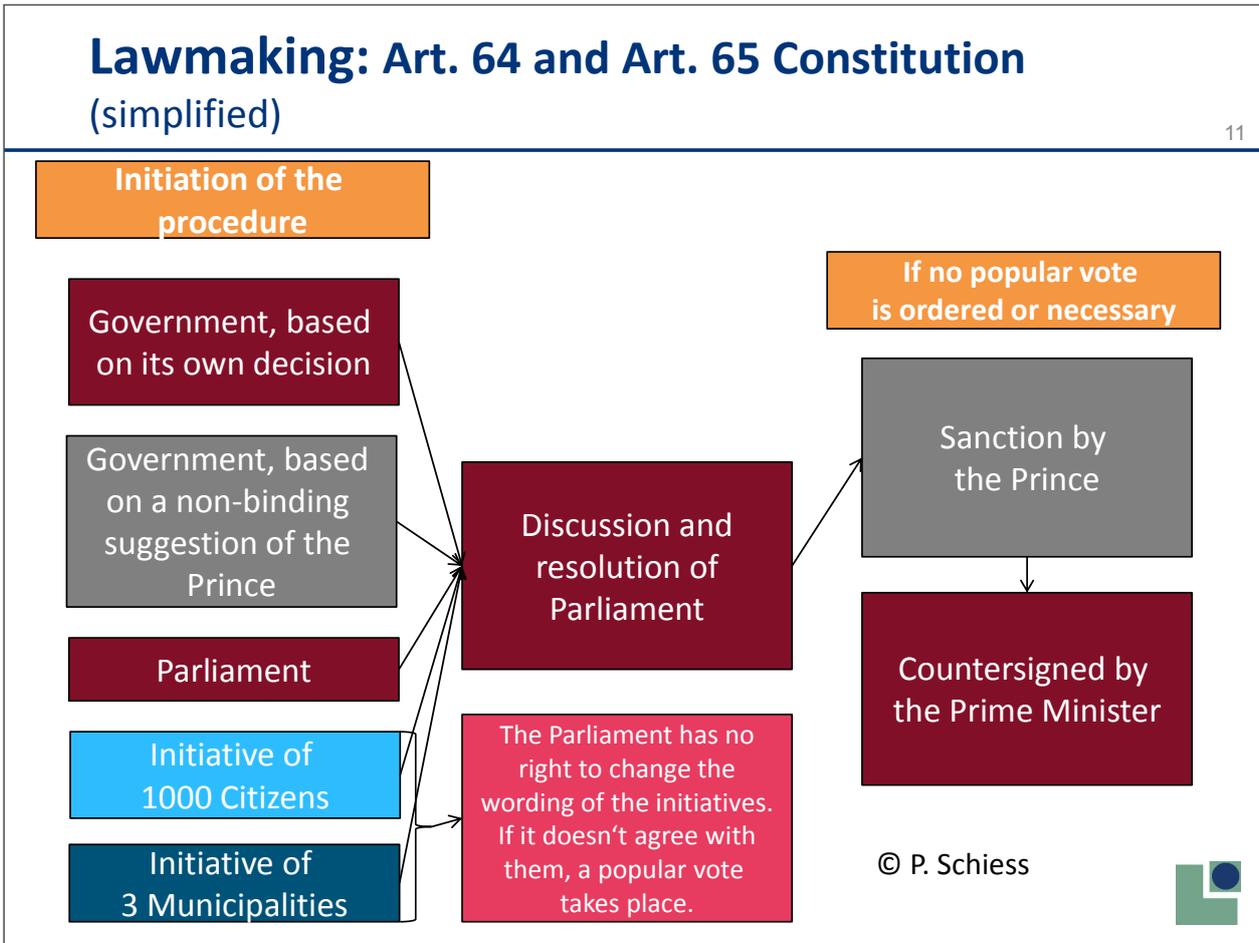
Website of the Princely House of Liechtenstein:

<https://www.fuerstenhaus.li/en/>

Council of Europe

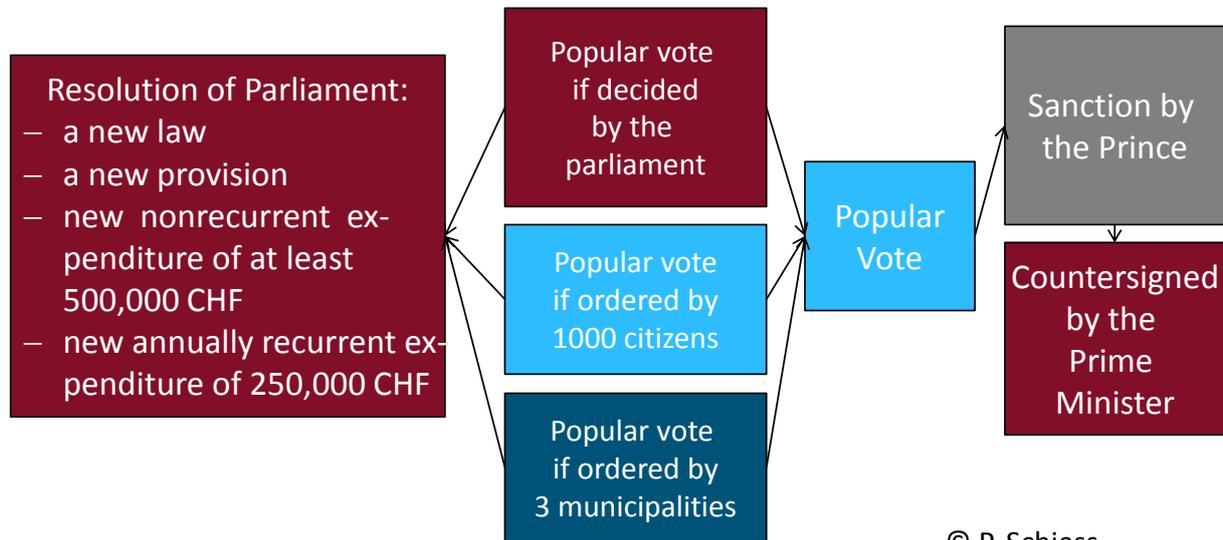
- 16.12.2002: Opinion of the European Commission for Democracy through Law (Venice Commission) CDL-AD(2002) 32: [http://www.venice.coe.int/webforms/documents/CDL-AD\(2002\)032-e.aspx](http://www.venice.coe.int/webforms/documents/CDL-AD(2002)032-e.aspx)
- 31.05.2006: Bureau of the Parliamentary Assembly: Final Report of the ad hoc Committee, Doc. 10940 Addendum: https://demokratiebewegung.li/en/documents/schlussbericht_europarat0531.pdf
«(...) there was a change in the balance of power between the Prince and the People (seen collectively as encompassing the government, parliament, the media and citizens) with the former having increased his powers».





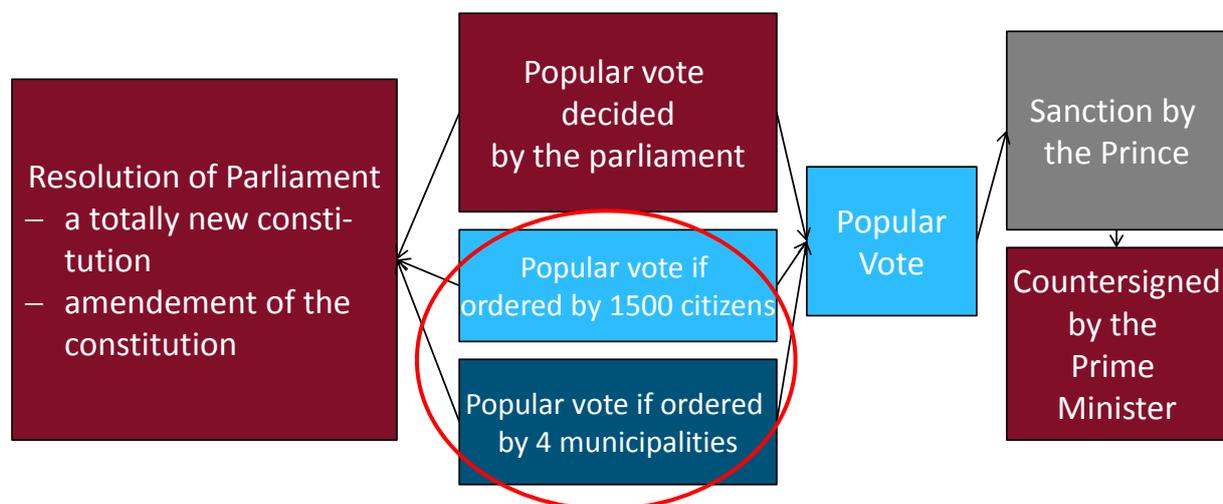
Subjects to a popular vote: Art. 66 Constitution (simplified)

13



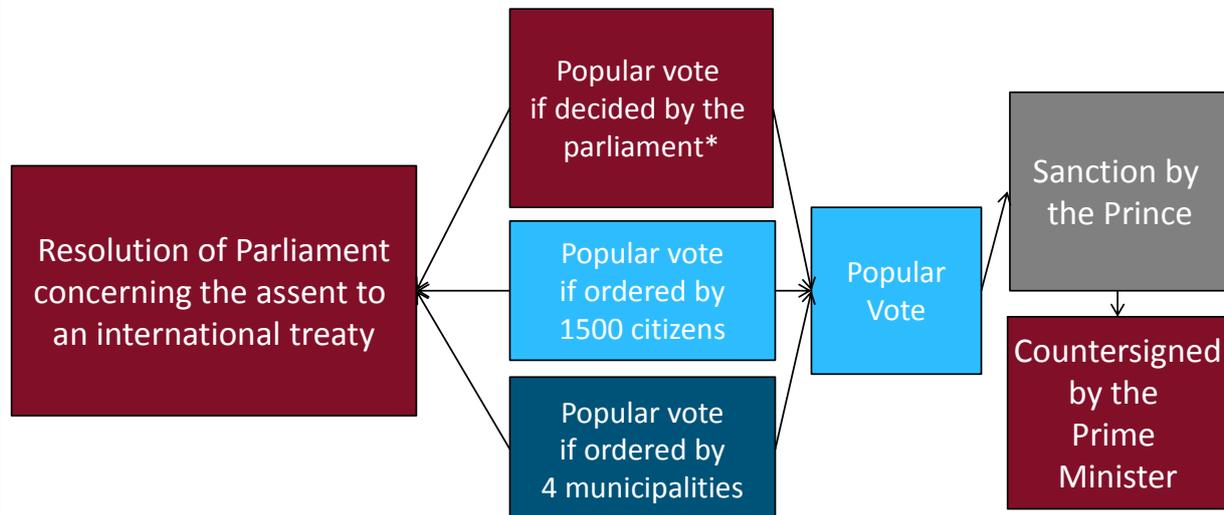
Amendment of the constitution as subject to a popular vote: Art. 66 Const. (simplified)

14



Assent to an international treaty: Art. 66bis Constitution (simplified)

15



* Thus decided to approve the EEA Agreement in 1992.

© P. Schiess



The Constitutional Court Der Staatsgerichtshof StGH

Art. 104 and 105 Constitution

Gesetz vom 27. November 2003 über den Staatsgerichtshof (StGHG, LGBl. 2004 Nr. 32 LR 173.10)

<https://www.gesetze.li/konso/2004.32>

Law of 26 November 2003 on the Appointment of Judges (RBG, LGBl. 2004 Nr. 30 LR 173.01)

http://regierung.gmgnet.li/files/medienarchiv/header/173_01_11_12_2016_en.pdf



The Constitutional Court (StGH)

17

- **5 Judges and 5 alternate Judges** (Art. 105 Const.)
 - at present all men; since 1921 only 3 female judges
 - Part-time work
 - The judges work as university professors or lawyers.
- The president of the court and the majority of the judges must be citizens of Liechtenstein (Art. 105 Const.)
 - Origin of the judges as an unwritten rule: 3 FL, 1 A, 1 CH
- Appointment for 5 years, re-election is the normal case
- In case of partiality: appointment of ad hoc judges («substitute appointment») for the case at issue
 - See ECHR, Case of A.K. v. Liechtenstein, Application no. 38191/12, Judgement from 9 July 2015



Protection of fundamental rights by the Constitutional Court since 1921

18

Art. 104 para 2 Constitution

«The Constitutional Court shall also have jurisdiction **to review the constitutionality of laws** and **international treaties** and **the legality of Government ordinances**; in such matters, it may declare their annulment. (...).»



Constitutional jurisdiction by a specialized, special constitutional court

If another court considers a provision to be contrary to the Constitution or to an international treaty, it must submit it to the Constitutional Court. (Art. 18 para 1 lit. b StGHG)



Review by the Constitutional Court 1/2

19

- **Concrete control** of legal norms
 - Typical case: An order is contested by the addressee of the order.
- **Abstract review** of legal norms

Typical cases:

 - A law is challenged immediately after it has been enacted by parliament.
 - at the request of the government or a municipality (Art. 18 para. 1 lit. a StGHG)
 - An ordinance is challenged immediately after it has been enacted by the government.
 - at the request of 100 voters (Art. 20 para. 1 lit. c StGHG).



Review by the Constitutional Court 2/2

20

- **Accessory control** of legal norms
 - The StGH examines the legality of an individual concrete decision by checking in advance whether the relevant norm, on which the decision is based, violates EEA law, the constitution or international treaties.

Accessory control of

- **laws** at the request of a court (Art. 18 para. 1 lit. b StGHG)
- **ordinances** at the request of a court or a municipal authority (Art. 20 para. 1 lit. a StGHG)
- **international treaties** at the request of a court or an administrative authority (Art. 22 para. 1 lit. a StGHG)

Accessory control ex officio by the StGH if it has to apply a norm which it considers unconstitutional.



The most common case: Art. 15 para. 1 StGHG 1/2

21

The StGH decides on appeals in so far as the complainant claims to be infringed by a **final decision** of the public authorities in one of his constitutionally guaranteed rights.



The complainant must demonstrate the violation of **fundamental rights**.

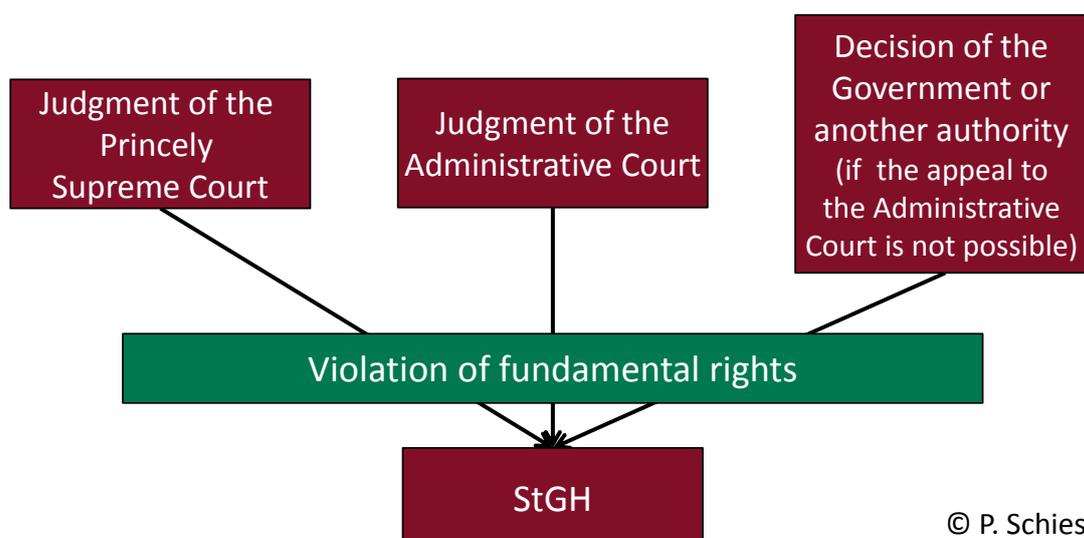
Note: It can be difficult to determine what a «final decision» is.

See: *Bussjäger, Peter, Was ist eine enderledigende Entscheidung?* in: Schumacher/Zimmermann (ed.): 90 Jahre Fürstlicher Oberster Gerichtshof, Wien 2013, p. 81–91



The most common case: Art. 15 para. 1 StGHG 2/2

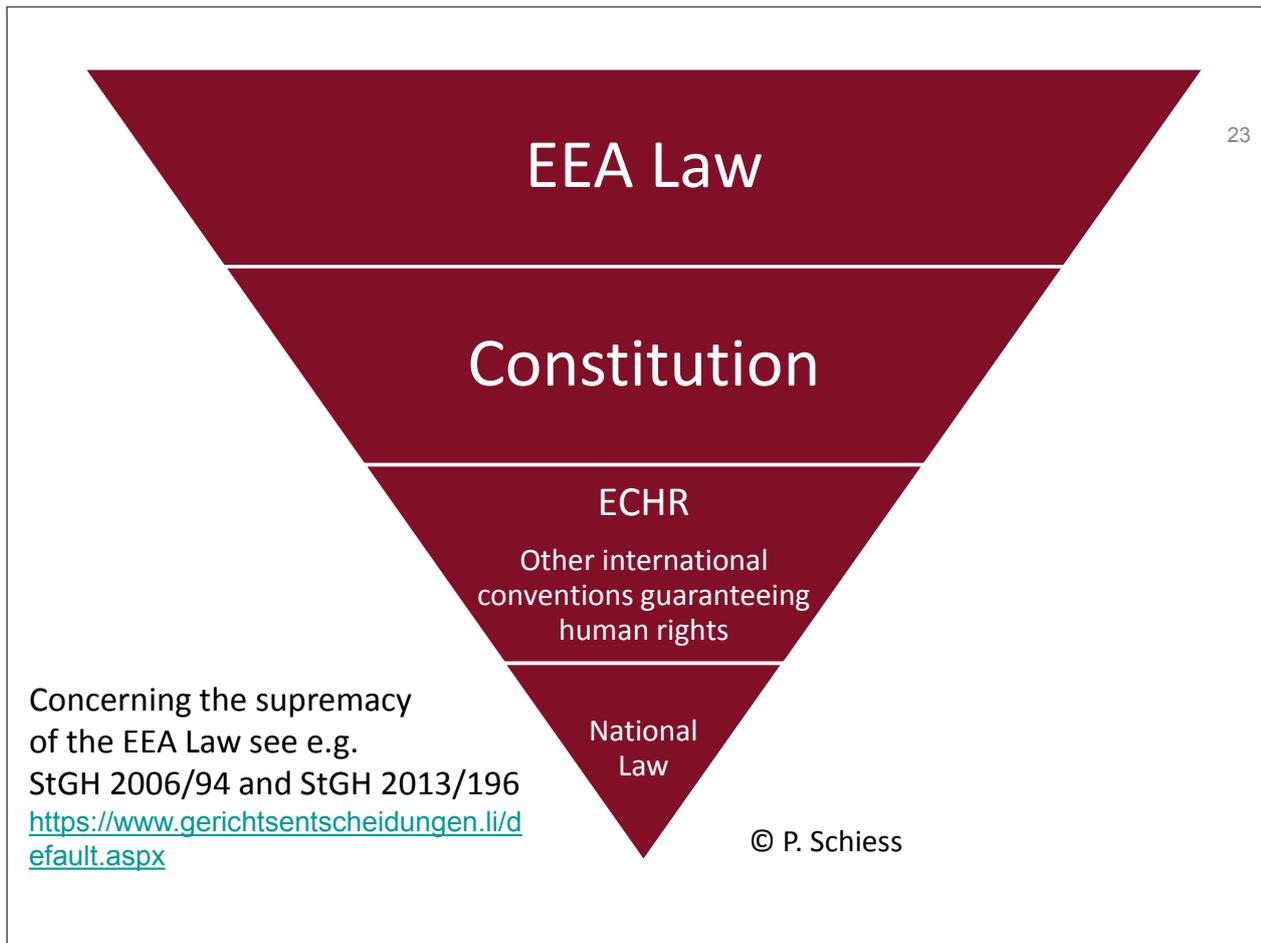
22



© P. Schiess

The StGH can review judgments of the civil courts, the criminal courts, the administrative court and other authorities. But only on whether they violated fundamental rights.



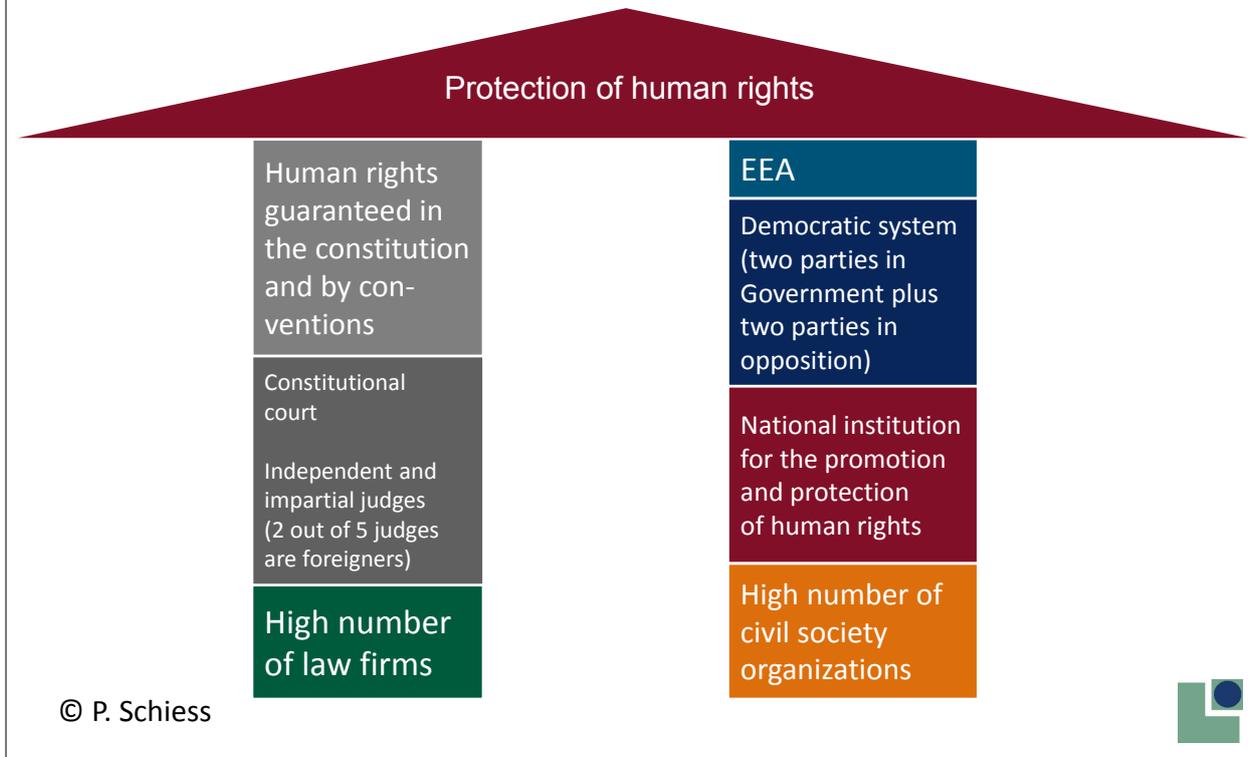


Protection of human rights in Liechtenstein



Institutional guarantees

25



Other supporting factors

26

- National institution for the promotion and protection of human rights according to The Paris Principles
 - Verein für Menschenrechte www.menschenrechte.li
 - Gesetz vom 4. November 2016 über den Verein für Menschenrechte in Liechtenstein (LGBL. 2016 Nr. 504 LR 105.3, <https://www.gesetze.li/konso/2016.504>)
- Qualified staff in the Social Services Office
- Raising awareness among the staff of the national police (e.g. with regard to domestic violence)
- Facilities as women's shelter, Family and Father House of the Association for Men's Issues
- State support for civil society organisations
- Monitoring by the Liechtenstein Institute

Marxer, Wilfried, Menschenrechte in Liechtenstein - Zahlen und Fakten 2017, ed. Government, Vaduz 2018, https://liechtenstein-institut.li/de-ch/publikationen/publikation.aspx?shmid=414&shact=1616225071&shmiid=QtzMFTYaf0I_eql_

Liechtenstein is a member of the Council of Europe and the UN

27

- Liechtenstein joined the **Council of Europe** as early as **1978**. Since 1982 the ECHR has been applied in Liechtenstein.
 - Although the ECHR is placed in the legal order under the constitution (see slide 23), the guarantees are respected the same way as the human rights written down in the Constitution.
See Art. 15 para. 2 Gesetz vom 27. November 2003 über den Staatsgerichtshof (LGBl. 2004 Nr. 32 LR 173.10), <https://www.gesetze.li/konso/2004.32>
 - Unlike in Switzerland, there is no criticism of jurisdiction of the ECHR in Liechtenstein.
- In **1990** Liechtenstein became a **member of the UN**. Liechtenstein signed a lot of Conventions and Treaties, also the Protocols that allow individuals to complain before the Committees.



Gaps in the ratification of international conventions

28

Many years of practice:
Liechtenstein will ratify conventions only once they have been fully implemented in national law.

Signed but not yet ratified	Neither signed nor ratified
European Social Charter (signed in 1991)	European Social Charter (revised)
Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence (« Istanbul-Convention »)	UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD)
The implementation is underway.	Since 1 January 2007 is a law concerning the equal treatment of persons with disabilities in force: Behindertengleichstellungsgesetz, LGBl. 2006 Nr. 243 LR 105.2, https://www.gesetze.li/konso/2006.243
	The ILO Conventions , since Liechtenstein is not a member of the ILO.
	Liechtenstein is not a member of the UNESCO.



Why Liechtenstein is not a member of the ILO and does not want to become one either

29

«Liechtenstein rejects recommendations 94.14 to 94.16 not because of the content of the ILO conventions referred to. Rather, ratification of ILO conventions requires membership of ILO, and **membership of ILO is not currently being considered by the Liechtenstein Government**. As a very small country with limited personnel resources, **Liechtenstein is not able to join all international organizations**.

As a full member of the EEA, however, Liechtenstein has already incorporated the relevant EU legislation, especially the high labour standards of the EU, into national law. (...)»

No. 20 Report of the Working Group on the Universal Periodic Review: Liechtenstein Addendum: Views on conclusions and/or recommendations, voluntary commitments and replies presented by the State under review, 28 May 2013, A/HRC/23/14/Add.1

http://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/23/14/Add.1



Liechtenstein hesitates to sign the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities

30

Translation by P. Schiess:

«(...) the signature (...) **could necessitate adjustments to laws and/or ordinances or other measures**, although it is unclear whether and to what extent this would actually and significantly improve the situation of the disabled.

In any case, implementation would imply an obligation **to produce a comprehensive report every four years and to examine the recommendations**. Experience shows that each signature of international agreements of this kind generates a certain administrative burden and ties up resources.»

Kleine Anfrage vom 5. Dezember 2017 «Rechte von Menschen mit Behinderung»

See also: Kleine Anfrage «UNESCO-Mitgliedschaft» vom 3. Mai 2018, <http://www.landtag.li/kleine-anfragen>



Recent Reports (Council of Europe)

<https://www.coe.int/en/web/portal/liechtenstein>

31

European Commission against Racism and Intolerance (ECRI)

- ECRI Report on Liechtenstein (fifth monitoring cycle)
- CRI(2018)18, 22 March 2018,
<https://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/Country-by-country/Liechtenstein/LIE-CbC-V-2018-018-ENG.pdf>

Commissioner for Human Rights, 4th Quarterly Activity Report by Nils Muižnieks, 1 October to 31 December 2017,

https://search.coe.int/commissioner/Pages/result_details.aspx?ObjectId=090000168078753f



The screenshot shows the website of the Commissioner for Human Rights of the Council of Europe. The header includes the Council of Europe logo and the text 'EUROPARAT' and 'Commissioner for Human Rights'. The navigation menu includes 'Home', 'The Commissioner', 'Country monitoring', 'Thematic work', 'Human rights defenders', 'Documents', 'Human Rights Comments', and 'Press'. The main content area is titled 'COUNTRY VISIT' and features the headline 'Liechtenstein should improve gender equality and the rights of persons with disabilities'.



Recent Reports (Council of Europe)

32

Council of Europe anti-torture Committee (CPT)

<https://www.coe.int/en/web/cpt/Liechtenstein>

- Periodic visit: 20 June to 24 June 2016
- 25 August 2017
- CPT/Inf (2017) 21



The screenshot shows a news article from Volksblatt.li. The article is titled 'Folterexperten inspizierten Gefängnis, Landesspital und Pflegeheim' and is dated 'Donnerstag - 24. August 2017 | 15:16 (Aktualisiert am 24.08.17 19:30)'. The text of the article states: 'VADUZ - Eine Delegation des "Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe" (CPT) hat Liechtenstein im Zeitraum vom 20. bis 24. Juni 2016 zum vierten Mal besucht und zu diesem Zweck das Landesgefängnis Vaduz, das Landesspital Vaduz sowie das Pflegeheim St. Laurentius in Triesen inspiziert.' Below the text is a photograph of prison bars.



Recent Reports (United Nations)

33

Human Rights Council: **Working Group on the Universal Periodic Review**

- Report of the Working Group on the Universal Periodic Review – Liechtenstein
 - 10 April 2018, A/HRC/38/16, 10 April 2018
- Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights
 - 31 October 2017, A/HRC/WG.6/29/LIE/2

<http://ap.ohchr.org/documents/alldocs.aspx>



Liechtenstein Law

34

Translation of Liechtenstein Law

- <http://www.regierung.li/law>
 - Constitution of the Principality of Liechtenstein of 5 October 1921:
<http://www.regierung.li/law#constitution>
 - Law of 26 November 2003 on the Appointment of Judges:
http://regierung.gmgnet.li/files/medienarchiv/header/173_01_11_12_2016_en.pdf
 - Law of 24 October 2007 on the Organization of the Ordinary Courts:
http://regierung.gmgnet.li/files/medienarchiv/header/173_30_11_12_2016_en.pdf

All Liechtenstein Law (in German): <https://www.gesetze.li/konso/suche>

Constitutions of 1818 and 1862: <http://www.e-archiv.li/zeitleiste.aspx>

Explanatory reports by the government: www.bua.llv.li

Minutes of Parliament's sittings: <http://www.landtag.li/landtagsprotokolle>

Judgments of all Liechtenstein courts: <https://www.gerichtsentscheidungen.li/>

The results of all popular votes since 2002: <http://www.abstimmungen.li/resultat/19>

